



HESSISCHER LANDTAG

23. 04. 2024

Kleine Anfrage

**Volker Richter (AfD), Arno Enners (AfD), Sandra Weegels (AfD) und
Gerhard Bärsch (AfD) vom 01.02.2024**

Regierungserklärung von Herrn Ministerpräsident Rhein vom 24.01.2024

und

Antwort

Chef der Staatskanzlei

Vorbemerkung Fragesteller:

Im Zuge seiner Regierungserklärung vom 24.01.2024 hat sich Herr Ministerpräsident Rhein zu dem sog. „Potsdamer Geheimgespräch“, an dem mindestens drei Mitglieder der CDU teilgenommen haben und im Rahmen dessen ein angeblicher „Geheimplan“ zur „Deportation“ mehrerer Millionen Menschen besprochen worden sein soll, mit folgenden Worten geäußert: „...lassen Sie mich aus aktuellem Anlass an dieser Stelle ein Wort zu diesen unerhörten Machenschaften und zu den gefährlichen Vertreibungsfantasien sagen, von denen wir in den letzten Tagen erfahren mussten. ... Ungeheuerlich. Schrecklich. Ein Vorgang, der schlimmer nicht sein kann. Ich will Ihnen auch sagen, warum. Es ist nicht nur menschlich abstoßend, sondern es ist vor allem auch geschichtsvergessen; denn aus gutem Grunde ist Staatsbürger, wer den deutschen Pass hat. Aus gutem Grunde ist es so, dass, wer den deutschen Pass hat – eben weil wir eine Geschichte haben –, bleiben darf. Das gilt unabhängig von Religion, sexueller Orientierung, Hautfarbe oder Herkunft. Das ist die Sache. ... Deportationen von Menschen haben Deutschland, haben Europa und haben die ganze Welt in ein zivilisatorisches Inferno gestürzt. Das ist das, was mit Deportationen zusammenhängt.... Dieses Thema ist ein Thema, das dazu geführt hat, dass ich mich politisch engagiere. Es ist die Aufgabe unserer Generation, wirklich alles dafür zu tun, dass sich das niemals wiederholt; denn, wer so denkt und wer so redet, der will unser Land in einen Abgrund führen, in dem es in dem dunkelsten Kapitel unserer Geschichte schon einmal war. Wer so denkt und wer so redet, den müssen wir und den werden wir stoppen. „Nie wieder“ ist jetzt. Und das werden wir durchsetzen. Darauf werden Sie sich verlassen können.“

Die Vorbemerkung der Fragesteller vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

- Frage 1 Hat Herr Ministerpräsident Rhein seine Informationen über die im Zuge des „Potsdamer Geheimgesprächs“ besprochenen Inhalte, welche Gegenstand der eingangs zitierten Aussage waren,
- a) ausschließlich aus der einschlägigen Medienberichterstattung oder
 - b) zumindest auch aus Rück- und Nachfragen bei jenen Mitgliedern seiner Partei, welche an dem „Potsdamer Geheimgespräch“ teilgenommen haben, bezogen?

Der Hessische Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung vom 24.01.2024 Bezug auf das in den Medien als „Potsdamer Geheimgespräch“ bezeichnete Treffen genommen, das aufgrund eines investigativen Medienartikels journalistisch belegt ist.

- Frage 2 Falls die unter der Frage 1 b) gestellte Frage zu bejahen ist:
- a) Aus welchem Grund hat Herr Ministerpräsident Rhein die Öffentlichkeit noch nicht über jene bei der „Potsdamer Geheimkonferenz“ besprochenen Inhalte, die ihm vonseiten seiner Parteikollegen mitgeteilt worden sind, informiert?
 - b) Ist Herr Ministerpräsident Rhein dazu bereit die Öffentlichkeit über die ihm vonseiten seiner Parteikollegen mitgeteilten Inhalte der „Potsdamer Geheimkonferenz“ zu informieren, und – falls nicht: Aus welchen Gründen nicht?
 - c) Beabsichtigt Herr Ministerpräsident Rhein angesichts der von ihm getätigten Aussage „Wer so denkt und wer so redet, den müssen wir und den werden wir stoppen.“ auch gegen Personen in den Reihen der CDU vorzugehen, die an dem „Potsdamer Geheimgespräch“ teilgenommen haben?
 - d) Anhand welcher Maßnahmen im Allgemeinen beabsichtigt Herr Ministerpräsident Rhein diejenigen Personen und Personengruppen zu „stoppen“, die seiner Ansicht nach „so denk(en) und ... so red(en)“?

Entfällt.

- Frage 3 Falls die unter der Frage 1 a) gestellte Frage zu bejahen ist:
- a) Wieso hat Herr Ministerpräsident Rhein es unterlassen, die aus der einschlägigen Medienberichterstattung bezogenen Informationen über das „Potsdamer Geheimtreffen“ vor der Tätigkeit der eingangs zitierten Äußerung durch entsprechende Nach- und Rückfragen bei jenen CDU-Mitgliedern, die an dem „Potsdamer Geheimtreffen“ teilgenommen haben, auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu überprüfen?
 - b) Wieso hat Herr Ministerpräsident Rhein die eingangs zitierte Aussage getätigt, obwohl er sich mangels Nach- und Rückfrage bei jenen CDU-Mitgliedern, welche an dem „Potsdamer Geheimtreffen“ teilgenommen haben, des Wahrheitsgehaltes der in der Presseberichterstattung über dieses Treffen verbreiteten Inhalte nicht sicher sein konnte?

Der bereits erwähnte investigative Medienartikel hat den Teilnehmerkreis des besagten Treffens am 25.11.2023 veröffentlicht. Darüber hinaus wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

- Frage 4 Wieso hat Herr Ministerpräsident Rhein im Zuge der Regierungserklärung nicht erwähnt, dass mehr CDU-Mitglieder, also Mitglieder seiner Partei an dem „Potsdamer Geheimtreffen“ teilgenommen haben, als Mitglieder der AfD?

Es wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.

- Frage 5 Wieso galten die von Ministerpräsident Rhein im Zuge der Regierungserklärung erhobenen Vorwürfe nicht auch der CDU, wenn Herr Ministerpräsident Rhein doch Kenntnis darüber hatte, dass mehrere Mitglieder seiner Partei an der „Potsdamer Geheimtreffen“ anwesend gewesen sind?

Der Hessische Ministerpräsident hat das Treffen und die dort getätigten Äußerungen kritisiert.

Wiesbaden, 18. April 2024

Benedikt Kuhn